

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese
Ausschussmitglied Angelika Thwin

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ausschussmitglied Gerold Tholen

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

beratende Stimme Johann Janssen

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Abteilungsleiter Fachbereich 50

Jörg Schwarz

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste im öffentlichen Teil:

Herr Wessels (Leiter Pauline-Ahlsdorff-Haus)

Herr Siefken (Geschäftsführer Beratung, Kommunikation u. Arbeit e. V.)

1 Pressevertreterin

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Sabine Gastmann

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

beratendes Mitglied Hans-Peter de Vries

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27. Januar 2011
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Darstellung der Umbauarbeiten im Pauline-Ahlsdorff-Haus durch den Einrichtungsleiter, Herrn Wessels
 - 4.2 Bürgerarbeit / Änderungen im Bereich des SGB II und XII
 - 4.3 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket
 - 4.4 Sachstandsbericht zu den Kosten der Unterkunft
 - 4.5 Mehrgenerationenhaus
 - 4.6 Sachstand zur Telefonie Jobcenter
 - 4.7 Sachstand zur Methadon-Ausgabestelle
 - 4.8 EHEC
 - 4.9 Störtebekerpark

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Aljets, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27. Januar 2011

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.01.2011 wird genehmigt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Darstellung der Umbauarbeiten im Pauline-Ahlsdorff-Haus durch den Einrichtungsleiter, Herrn Wessels

Der Einrichtungsleiter des Pauline-Ahlsdorff-Hauses, Herr Wessels, stellte den aktuellen Stand der Umbauarbeiten vor.

Man verbinde mit den verschiedenen Bereichen (Betreutes Wohnen, gerontopsychiatrischer Bereich, Appartements, Pflegebereich) alle notwendigen Abteilungen unter einem Dach.

Man habe festgestellt, dass dem Bereich der Betreuung (z.B. Zuwendung, Tagesstruktur) mehr Bedeutung zukomme, als der reinen Pflege.

In der Vergangenheit sei das sog. „Bochumer Modell“ mit 2 Doppelzimmern, die sich im Mittelbereich ein Bad und zusätzlich ein Erkerzimmer teilen, umgesetzt worden.

Die Umbauarbeiten im ohnehin sanierungsbedürftigen Flachdachbau des „Hauses Wilhelmshaven“ berücksichtigen nun die wachsende Bedeutung des gerontopsychiatrischen Bereiches.

Das Flachdach des Gebäudes werde zu einem Staffelgeschoss umgebaut, der Aufenthaltsbereich neu gestaltet, ein Wohnküchenkonzept (Einrichtung von kompletten Küchenzeilen) umgesetzt, die Sanierung des Eingangsbereiches mit höherem Komfort und repräsentativen Zuwegungen zur Verbesserung für Rollstuhlfahrer und die Personenbeförderung vorgenommen und eine Pflegeoase eingerichtet.

Die Pflegeoase werde für Menschen mit fortgeschrittener Demenz eingerichtet, die nicht mehr mobil und auf umfassende Pflege und Betreuung angewiesen sind. Es würde Wert gelegt auf überschaubare Gruppengrößen, Vermittlung von Sicherheit und Geborgenheit und die optimale Versorgung bis ins hohe Alter.

Die zusätzliche Betreuung und Qualifikation für die dementen Personen sei im neuen Bereich gewährleistet. Im Moment leben 170 BewohnerInnen mit Demenz in der Einrichtung.

Die Gestaltung der Räumlichkeiten orientiere sich an den Empfehlungen des Farb- und Lichtkonzeptes des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe (KDA).

Das Einzelzimmerangebot werde ausgeweitet, jedes Doppelzimmer erhalte ein

eigenes Bad, die Zahl der Plätze würde von 60 auf 90 erweitert.

Herr Reese fragte nach, ob die Schaffung eines Zebrastreifens sinnvoll sei, um die Weserstraße gefahrlos zum Kanal hin sicher überqueren zu können.

Herr Wessels begrüßte dies ausdrücklich.

Der Ausschuss sprach sich einstimmig für die Einrichtung einer Überquerungshilfe für die Weserstraße Richtung Kanal hin aus.

4.2 Bürgerarbeit / Änderungen im Bereich des SGB II und XII

Bürgerarbeit

Herr Stoffers informierte, dass sich die Stadt frühzeitig dafür entschieden habe, das Programm der **Bürgerarbeit** zu nutzen. Der Rat habe zugestimmt, die Mittel für Personalaufwendungen der TeilnehmerInnen nach Tarif (TÖVD) in Höhe von 500.000 € für 3 Jahre einzuplanen. Man sei so möglichen Streitpunkten bezüglich einer tarifgerechten Bezahlung in der Zukunft aus dem Weg gegangen.

Andere Kommunen gingen das Thema zurückhaltender an, da diese die Tarifbezahlung nicht in den Haushalt gestellt hätten. Sollten diese in eventuellen Klageverfahren zur Tarifbezahlung verurteilt werden, so entstünden dort Probleme. Eine Vermittlung zwischen dem Ministerium, Verdi und den Kommunen sei ergebnislos verlaufen.

Die Stadt Wilhelmshaven möchte für mehr als 100 Personen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für 3 Jahre einrichten. Man hoffe, dass möglichst viele dieser Personen in den ersten Arbeitsmarkt weitervermittelt werden können.

Das Bundesverwaltungsamt verfolge jedoch bei der Genehmigung eine restriktive Praxis.

Alle in der Stadt Wilhelmshaven vorgesehenen Maßnahmen im Außenbereich wie z.B. die Grünpflege oder Reinigung, die einen Anteil von 40 – 50 % der geplanten Vorhaben ausmachten, wurden abgelehnt. Die beiden zu erfüllenden Merkmale **Zusätzlichkeit** und **Wettbewerbsneutralität**, um keine Konkurrenz zum bestehenden Handwerk aufzubauen, würden vom Bundesverwaltungsamt bei den eingereichten Maßnahmen nicht gesehen. Es kämen bisher nur Maßnahmen mit geringem Mehrwert für die Stadt in Frage.

Als Beispiele für die Genehmigung nannte Herr Stoffers eine Zaunerneuerung, die nur genehmigungsfähig sei, wenn der Zaun bisher in Ordnung war; bei einer notwendigen Reparatur nach einer Beschädigung sei dies nicht der Fall. Müllentfernung sei möglich, wenn es bisher als nicht nötig angesehen wurde.

Müllmelder seien genehmigungsfähig, das Aufsammeln des Mülls selbst jedoch nicht. Das Anlegen neuer Wege sei möglich, die Pflege von bestehenden Wegen dagegen nicht.

Die Stadt konzentriere sich nun verstärkt auf die anderen Maßnahmen aus den Bereichen Schul- und Jugendamt. Man habe Kontakt mit dem Bundesverwaltungsamt aufgenommen. Man möchte anstatt einer Beantragung und Diskussion um die einzelnen Vorhaben nun per Mail eine Kurzbeschreibung senden und eine Vorabeinschätzung abwarten.

Ein Widerspruchsverfahren gegen die restriktive Praxis des Bundesverwaltungsamtes mache aus Sicht der Stadt wegen dessen Dauer keinen Sinn.

Sollte sich die Sinnhaftigkeit von Maßnahmen allerdings nicht erschließen, so würden keine kommunalen Mittel bereitgestellt. Für die eventuell frei werdenden Plätze könne man dann Freien Trägern das Antragsrecht überlassen.

Änderungen SGB II und SGB XII

Herr Schwarz trug die Änderungen des SGB anhand einer Präsentation vor (sh. Anlage).

Zu der Abschaffung der Gewährung von Rentenbeiträgen für HilfeempfängerInnen ergänzte er, dass in der Zukunft eine höhere Zahl von Grundsicherungsempfängern zu befürchten sei, deren Renten unter den Regelsätzen liegen würden. Dies würde zu höheren Kosten bei der Grundsicherung im Alter für die Kommunen führen.

Auf Nachfrage von Herrn Janssen erläuterte Herr Schwarz, dass die Änderungen des Gesetzes in Arbeitsgemeinschaften mit verschiedenen Mitgliedern wie z.B. erfahrenen Richtern oder Vertretern des Ministeriums sowie von Parteien erarbeitet wurden.

4.3 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket

Herr Stoffers bezog sich inhaltlich auf den TOP 4.3 der letzten Sitzung.

Träger der Leistung sei das Jobcenter in Zusammenarbeit mit dem städtischen Jugendamt.

Man habe für die Beantragung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ein kundenfreundliches Antragsformular entwickelt, das auf eine Seite passe. Dies wurde vom Ausschuss ausdrücklich begrüßt.

Zur Information über das Bildungs- und Teilhabepaket habe es bisher schon viele Aktivitäten gegeben, wie z.B. einen Internetauftritt, Schulungen der SachbearbeiterInnen, Gespräche mit Schulen und Kindertagesstätten, Infoveranstaltungen mit Sportvereinen u.ä.

4.4 Sachstandsbericht zu den Kosten der Unterkunft

Herr Stoffers informierte über die Ergebnisse (sh. Anlage) der Gerichtsverfahren. Die nun festgestellten Mietkosten lägen unter den Beträgen, die die Gerichte in der Vergangenheit festgelegt hätten.

Zu den Auswirkungen auf die städtischen Finanzen könne man zum derzeitigen Zeitpunkt noch keine Aussage machen.

Insgesamt sei mit Nachzahlungen zu rechnen, wofür die Stadt Rückstellungen im Haushalt eingestellt habe.

4.5 Mehrgenerationenhaus

Herr Stoffers informierte, dass das Mehrgenerationenhaus seit 3 Jahren von der Kirchengemeinde Bant betrieben werde. Bisher sei das Mehrgenerationenhaus ausschließlich mit Bundesmitteln unterstützt worden. Die Stadt habe lediglich geforderte Bestätigungsschreiben erstellt, in denen erklärt wurde, dass es sich um eine sinnvolle Einrichtung mit ergänzenden Angeboten in der Stadt Wilhelmshaven handele.

Die Förderperiode 2012 – 2014 laufe nun an. Die Finanzierung des Bundes sei jetzt jedoch an die Voraussetzung gekoppelt, dass die Kommune ab 2012 einen Betrag in Höhe von 10.000,- € co-finanzieren. Bisher habe der Bund 40.000,- € finanziert, zukünftig solle die Aufteilung mit 30.000 €/Bund und 10.000 €/Kommune erfolgen.

Die kommunalen Spitzenverbände haben das Vorgehen des Bundes kritisiert. Es sei immer öfter zu beobachten, dass der Bund bei Projekten zunächst die Förderung voll übernehme, dann jedoch die Förderung einstelle bzw. reduziere und die Kommunen zumindest zu einer Co-Finanzierung dränge.

In den Haushaltsberatungen sei deutlich geworden, dass die schwierige finanzielle Situation der Stadtverwaltung die Übernahme weiterer freiwilliger Aufgaben nicht zulasse. Und auch die Genehmigungsbehörde habe ausdrücklich gefordert, jede Sparmöglichkeiten auszunutzen, um Fehlbeträge und die Liquiditätskredite zu reduzieren. Dazu sei auch der Abbau von freiwilligen Leistungen notwendig.

Frau Aliets gab zu bedenken, dass der neue Förderantrag bis zum August nur mit der Zusage einer städtischen Co-Finanzierung (10.000,- € jährlich für die Dauer von 3 Jahren = insgesamt also 30.000 €) beantragt werden könne. Sie regte an, das Thema in den Fraktionen zu beraten und ggfs. von diesen auf die Tagesordnung des Rates setzen zu lassen.

Herr Möhle lobte die gute Arbeit des Mehrgenerationenhauses und bat um Informationen zum weiteren Ablauf.

4.6 Sachstand zur Telefonie Jobcenter

Herr Stoffers informierte, dass die Stadt in der Trägerversammlung einer Verlängerung des Vertrages um 3 Jahre zugestimmt habe. Man habe sich ursprünglich ein Sonderkündigungsrecht bis September einräumen lassen. Nach abgeschlossenen Verhandlungen seien nun 30.000,- € weniger zu zahlen, als bisher (neuer Betrag: 230.000,- €, davon 30.000,- € von der Stadt).

Die Verwaltung schlage vor, diese Vertragsbeziehung weiterzuführen, da man zurzeit keine bessere Alternative sehe.

Herr Möhle entgegnete, dass im Mittelpunkt der Diskussion nicht die Kosten, sondern die Qualität der Arbeit gestanden habe.

Herr Stoffers verwies auf die Informationen in der letzten Sitzung und bestätigte nochmals, dass im Callcenter MitarbeiterInnen von der Bundesanstalt für Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation tätig seien.

Zu Protokoll (Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 27.01.2011):

Herr Burkert: Die MitarbeiterInnen des Service-Centers seien KollegInnen der Bundesagentur für Arbeit bzw. Vivento-Personal. Diese Personen erhielten im Vorfeld ihrer Tätigkeit umfangreiche Qualifizierungen und eine Schulung in Gesprächsführung. Erst nach einer Tätigkeit von ca. 6 Monaten beherrsche man das Rechtsgebiet des SGB II einigermaßen; nach ca. einem Jahr können dann in vollem Umfang Auskünfte gegeben werden.

4.7 Sachstand zur Methadon-Ausgabestelle

Herr Dr. Rübsamen informierte, dass im April der Umzug der Methadon-Ausgabestelle in die Hausmeisterwohnung der Ruselerschule erfolgt sei. Dies sei jedoch keine Dauerlösung, weil das Gebäude demnächst verkauft werde.

Man sei jedoch optimistisch, dass im Laufe des Jahres eine Lösung durch eine gemeinsame Substitutionspraxis erfolge.

Frau Aljets forderte die Verwaltung auf, nunmehr eine endgültige und annehmbare Lösung anzustreben.

4.8 EHEC

Herr Dr. Rübsamen berichtete über den aktuellen Sachstand, wonach spanische Gurken als Quelle in den Medien genannt wurden. Nach den aktuellen bundesweiten Zahlen gäbe es 54 nachgewiesene Infektionen und 24 Fälle mit hämolytisch-urämischem Syndrom (HUS), bei dem eine Dialysebehandlung vorübergehend notwendig werden kann.

In unserem näheren Bereich seien Verdachtsfälle in Oldenburg, Wesermarsch, Cuxhaven sowie in Friesland aufgetreten.

Die EHEC-Gifte können zu Blutarmut, Gefäß- und schweren Nierenschäden bis hin zum Tod führen.

4.9 Störtebekerpark

Der in der Sitzung anwesende Geschäftsführer der BeKa, Herr Siefken, wurde zum Sachstand „Öffnungszeiten Störtebekerpark“ befragt. Herr Siefken informierte, dass das Jobcenter den Störtebekerpark bisher mit 10 bis 12 Personen aus ABM und AGH zur Realisierung der Veranstaltungsangebote und der Öffnungszeiten unterstützt habe.

Nach den massiven Kürzungen in diesen Bereichen könne man die Öffnungszeiten nun nur noch anbieten, wenn die MitarbeiterInnen der Jugendwerkstatt vor Ort seien (montags bis freitags 9 bis 15 Uhr).

Für Schulen und Kindergärten wären diese Zeiten kein Problem.

Man stelle nun Überlegungen an, wie man erweiterte Zeiten realisieren könne, z.B. mit einzelnen Personen, die nach Bedarf einspringen oder durch Schlüsselübergabe an Stammgäste.

U.U. könne man auch das Instrument der Bürgerarbeit nutzen, da das Merkmal der Zusätzlichkeit erfüllt sei. Der Umfang der bisherigen Öffnungszeiten würde sich aber in jedem Falle reduzieren.

Herr Stoffers sagte eine Unterstützung der Anträge für Bürgerarbeit seitens der Stadt zu.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:15 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in